

Sitzungsbericht vom 08.10.2020

1. Stellungnahmen zu privaten Bauvorhaben gegenüber der Baurechtsbehörde

a) Antrag auf Baugenehmigung zum Neubau einer Lagerhalle mit Verwaltung auf einem Teilstück des Flst. 4268

Nach kurzer Beratung fasste der Gemeinderat einstimmig folgenden **Beschluss**:

Das gemeindliche Einvernehmen zum vorliegenden Antrag auf Baugenehmigung zum Neubau einer Lagerhalle mit Verwaltung auf einem Teilstück des Flst. 4268 im Gewerbegebiet Mönchgraben Nord-West wird erteilt.

b) Antrag auf Baugenehmigung zur Sanierung und Erweiterung des Wohnhauses auf dem Flst. 2784, Jahnstr. 7

Der Gemeinderat fasste einstimmig folgenden **Beschluss**:

Das gemeindliche Einvernehmen zum vorliegenden Antrag auf Baugenehmigung zur Sanierung und Erweiterung des Wohnhauses auf dem Flst. 2784, Jahnstr. 7 wird erteilt.

2. Feststellung der Jahresrechnung 2019

Von der Verwaltung wurde das Ergebnis der Jahresrechnung des vergangenen Haushaltsjahres 2019 ausführlich vorgestellt, das überaus positiv ausfiel. Der Gemeinderat stellte die Jahresrechnung 2019 in der vorliegenden Form einstimmig fest.

Auf die Veröffentlichung in diesem Mitteilungsblatt wird verwiesen.

3. Finanzzwischenbericht 2020

Die Verwaltung stellte den Finanzzwischenbericht 2020 vor. Soweit Abweichungen von den Ansätzen des Haushaltsplans bereits erkennbar sind, wurden diese den Ratsmitgliedern erläutert.

Zum jetzigen Zeitpunkt zeichnen sich folgende Abweichungen im Haushaltsvollzug von den Planansätzen im Ergebnishaushalt 2020 ab:

<u>Erträge:</u>	Verbesserung	Verschlechterung
Entgelte Schülerladen und Kindergartengebühren		27.800 €
Gebühren Erddeponie	6.500 €	
Gebühren Bestattungswesen	8.900 €	
Gewerbsteuer	125.000 €	
kommunaler Finanzausgleich		235.000 €
<u>Aufwendungen</u>	Verbesserung	Verschlechterung
Mitgliedsbeitrag VHS		9.750 €
Saldo Gemeindegeld		17.000 €

Bereits bei der Vorlage des Haushaltsplans 2020 im Juni dieses Jahres war erkennbar, dass die finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie, insbesondere im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs, zu einer Verschlechterung des Haushaltsergebnisses führen werden.

Aufgrund der September-Steuerschätzung, welche in diesem Jahr corona-bedingt zusätzlich zu den üblichen Frühjahrs- und Herbststeuerschätzungen erfolgte, ist festzustellen, dass sich die Mindererträge beim kommunalen Finanzausgleich weiterhin in dem bereits bekannten Rahmen bewegen.

Der gravierendste Einbruch ist beim **Gemeindeanteil Einkommensteuer** mit bislang 238.000 € zu verzeichnen. Im Haushaltsplan veranschlagt sind 2.308.000 €.

Auch beim **Familienleistungsausgleich** zeichnen sich Mindererträge von aktuell 22.000 € ab.

Bei der **Gewerbsteuerumlage** muss mit einem Mehraufwand von 12.800 € gerechnet werden, bedingt durch höhere Erträge bei der **Gewerbsteuer** von 125.000 € nach bisher erfolgter Veranlagung.

Der Planansatz für die Gewerbesteuer wurde aufgrund der Corona-Pandemie vorsichtig mit 400.000 € angesetzt. Der im Frühjahr prognostizierte Einbruch bei der Gewerbesteuer, betrifft aber nicht alle Kommunen und Branchen gleichermaßen.

Die Gemeinden im Land sollen außerdem zur Kompensation corona-bedingter Gewerbesteuerminder-einnahmen im Jahr 2020 Zuweisungen von 1,881 Milliarden Euro erhalten. Die Zuweisungen werden auf Basis des jeweiligen gemeindlichen Gewerbesteuer-nettoaufkommens der Jahre 2017 bis 2019 in Relati-on zum Gesamtgewerbesteuer-nettoaufkommen dieser Jahre auf die Gemeinden verteilt. Informationen über die Höhe der Zuweisung für die Gemeinde Simmozheim liegen aber noch nicht vor.

Die Mindererträge im kommunalen Finanzausgleich berücksichtigen bereits die **Corona-Soforthilfe** für die Kommunen im Frühjahr 2020. Die Gemeinde Simmozheim hat dabei Zuweisungen in Höhe von 35.319 € erhalten. Diese Zuweisungen sollen u.a. dazu dienen, Einnahmeausfälle bei Kindergartenge-bühren und ähnlichen Entgelten zu kompensieren.

Diese betragen bei den **Kitas** und dem **Schülerladen** insgesamt 27.800 €.

Bereits bei der Aufstellung des Haushaltsplans ist die Verwaltung davon ausgegangen, dass für die Mo-nate April und Mai keine Gebühren und Elternbeiträge erhoben werden; entsprechend niedriger wurden die Planzahlen angesetzt. Allerdings wurden die Kinderbetreuungseinrichtungen erst wieder ab Ende Ju-ni für den Regelbetrieb geöffnet, so dass es zu weiteren Einnahmeausfällen kam. Der Gemeinderat hat außerdem am 30.07.2020 mehrheitlich beschlossen, dass der Erlass der Elternbeiträge auch für die Kin-der gelten soll, die in den Monaten April bis Juni 2020 in den Einrichtungen betreut wurden.

Bei den Gebühren für die **Erddeponie** sind bis dato Mehrerträge von 6.500 € angefallen und an Gebüh-ren im **Bestattungswesen** 8.900 €. Im Bestattungswesen sind allerdings lt. Jahresrechnung 2019 auch 8.238 € weniger Gebühreneinnahmen gebucht als veranschlagt, da aufgrund der Umstellung auf die kommunale Doppik Ende des Jahres 2019 keine Gebührenbescheide mehr erstellt werden konnten.

Bei den Aufwandskonten ergibt sich eine Überschreitung des Planansatzes von 9.750 € für den Beitrag an die **VHS Calw**, bedingt durch eine rückwirkende Erhöhung des Mitgliedsbeitrags ab 2020 sowie einen Sonderbeitrag wegen Corona.

Für den **Gemeindewald** zeichnet sich haushaltsrechtlich aktuell ein Fehlbetrag von ca. 17.000 € ab. Auch hier ist anzumerken, dass das Jahresergebnis 2019 aufgrund des Systemwechsels (fehlende Rechnungs-abgrenzung) mit einem Überschuss von 11.139 € besser ausgefallen ist als die Planung (Überschuss: 2.400 €).

Die Verwaltung geht momentan davon aus, dass die Planansätze 2020 für die Unterhaltung der Gebäude und des Infrastrukturvermögens sowie für die Personalkosten auskömmlich sind.

Aufgrund bisher absehbarer Veränderungen wird sich das ordentliche Ergebnis voraussichtlich um ca. 150.000 € gegenüber der Veranschlagung (Fehlbetrag = 88.700 €) verschlechtern und der Fehlbetrag damit auf rd. 240.000 € im Jahr 2020 ansteigen.

Der Gemeinderat fasste einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Finanzzwischenbericht 2020 wird zur Kenntnis genommen.

4. Bekanntgaben, Verschiedenes

Der Vorsitzende informierte darüber, dass die Bewerbungsphase zur neuen LEADER Förderperiode ab 2021 für die Dauer von 7 Jahren bald starte. Aktuell sei davon auszugehen, dass die Mitgliedsbeiträge für die Gemeinde Simmozheim bei rund 1.400 € pro Jahr lägen, dieser Betrag werde möglicherweise auch vom Landkreis Calw übernommen.

Der Vorsitzende schlug vor, dass sich die Gemeinde Simmozheim einer Bewerbung der LEADER-Region Heckengäu für die weitere Förderperiode anschließe und die dafür erforderlichen Mittel bereitstelle.

Der Gemeinderat stimmte diesem Vorschlag zu.

5. Anfragen und Anregungen

a) Leerrohrverlegung bei Bauarbeiten

Ein Gemeinderat berichtete, dass die Netze BW in der Moltkestraße wegen der Verlegung von Hausanschlüssen die Straße aufgegraben habe. Eine Verlegung von Leerrohren wäre aus seiner Sicht sinnvoll gewesen, da die Straße sonst in einigen Jahren nochmals aufgegraben werden müsste.

Der Vorsitzende erläuterte, dass die Gemeinde vor Baubeginn des ersten Abschnitts in der Moltkestraße ein Angebot der Netze BW zur Mitverlegung von Leerrohren eingeholt habe. Da der Angebotspreis jedoch sehr hoch angesetzt war, habe das hinzugezogene Ingenieurbüro nach Prüfung von der Annahme des Angebots abgeraten. Er ergänzte, die Gemeinde werde bei wirtschaftlichen Angeboten die Möglichkeit nutzen und Leerrohre mitverlegen lassen. Bei eigenen Maßnahmen der Gemeinde Simmozheim würden in jedem Falle immer Leerrohre entsprechend dem Strukturplan zur Breitbandversorgung mitverlegt.

b) Wasserrohrbruch Blücherstraße

Ein Gemeinderat fragte an, warum die Reparatur eines Wasserrohrbruchs auf einem Privatgrundstück in der Blücherstraße ca. 12 Wochen dauere.

Der Vorsitzende informierte, dass die Gemeinde bei Rohrbrüchen im öffentlichen Bereich schnell reagiere und die Zusammenarbeit mit dem beauftragten Unternehmen gut funktioniere. Für Rohrbrüche auf Privatgrundstücken sei die Gemeinde nicht zuständig. Man habe den betroffenen Familien zwar die Kontaktdaten mitgeteilt, selbstverständlich könnten aber auch andere Firmen mit der Behebung von Rohrbrüchen beauftragt werden.

Die öffentliche Sitzung wurde um 20:25 Uhr beendet.